

Zürich

Angstkultur und Burn-outs

Polizeikorps unter Schock Innert kurzer Zeit haben sich zwei Stadtpolizisten in Winterthur das Leben genommen. Mehrere Quellen berichten von einem schlechten Betriebsklima. Im Zentrum der Kritik steht die Führung.

Lisa Aeschlimann

Am vorletzten Freitag hat sich ein langjähriger Polizist der Stadtpolizei Winterthur auf dem Posten das Leben genommen. Es ist der zweite Suizid innert kurzer Zeit. Im letzten Juli hatte sich ein langjähriger Korpsangehöriger auf einer Wanderung das Leben genommen. Beide Kollegen hatten auf derselben Abteilung in einem kleinen Team gearbeitet. Der «Blick» berichtete zuerst über den Vorfall.

Die beiden Suizide werden nun untersucht – einerseits durch die Zürcher Staatsanwaltschaft, andererseits hat die zuständige Stadträtin, Sicherheitsvorsteherin Katrin Cometta (GLP), eine Administrativuntersuchung angekündigt. Dies bestätigt sie dieser Zeitung auf Anfrage. Die konkreten Ursachen der Suizide sind unklar. Die Staatsanwaltschaft teilt mit, dass es derzeit keine Hinweise auf strafrechtlich relevante Dritteinwirkung gebe, die zum Tod des Mannes geführt haben könnten.

Umteilung nach Beschwerde über Arbeitsbedingungen

Klar ist hingegen, dass im Korps und in dessen Umfeld massive Kritik an der internen Kultur der Stapo kursiert. Im Gespräch mit vier voneinander unabhängigen Quellen und gestützt auf verschiedene Dokumente zeigt sich, dass sich diese Kritik auf drei Themen konzentriert: Kommunikation, Klima und Führung.

Die Quellen bleiben anonym, weil sie dem Amtsgeheimnis unterstehen oder nicht autorisiert sind, über Interna zu sprechen.

Die beiden langjährigen Stadtpolizisten S. und M. arbeiten im selben Team, sie kennen sich gut. Sie eint, dass beide eine belastete Beziehung zu ihrem direkten Vorgesetzten haben. Für S. verschlimmert sich die Situation im Frühjahr 2021, als es zu einer kurzfristigen räumlichen Verlegung des Teams kommt – gemäss einer Quelle in einer «Nacht-und-Nebel-Aktion».

Das Team arbeitet fortan in einem Not-Kommandoposten abseits des Hauptsitzes in einem



Der Posten der Stadtpolizei Winterthur am Obertor mit Trauerflor, nachdem sich letzte Woche ein weiterer Polizist das Leben genommen hat. Foto: Madeleine Schoder

«Die letzten Tage habe ich beim Korps verbracht. Trauer und Betroffenheit sind gross.»

Katrin Cometta
Polizeivorsteherin
Stadt Winterthur

Untergeschoss, ohne direktes Tageslicht.

Die räumliche Umplatzierung ist temporär, und es gibt einen Grund dafür: Die Stadtpolizei Winterthur wird nach jahrelanger Bauzeit Ende Mai 2022 in ein neues Gebäude ziehen. Im Vor-



feld des Umzugs kam es zu Raumproblemen – auch wegen Corona.

Laut mehreren Quellen beschwert sich S. über die Arbeitsbedingungen im neuen Büro, indem er ein Schreiben an die Tür hängt, in dem er die Zustände kritisiert.

Dies führt zu weiteren Spannungen mit dem Vorgesetzten.

Im April 2021 wird S. krankgeschrieben. Mitte Juni – S. ist immer noch krankgeschrieben – wird kommuniziert, dass S. per 1. Juli neue Aufgaben bekomme. Eine Folge davon: Er wird viel enger als bis anhin mit seinem Vorgesetzten zusammenarbeiten. Die Umteilung bezeichnen drei Quellen als «unverständlich». S. habe sich viele Jahre mit den ihm anvertrauten Aufgaben befasst, sich ein Netzwerk aufgebaut, er sei im Korps und bei den Winterthurerinnen und Winterthürern geschätzt gewesen.

Kurz darauf nimmt sich S. auf einer Wanderung das Leben. Seine Frau hat ihn zuvor als vermisst gemeldet. Er wurde 60 Jah-

re alt. Fast 40 Jahre davon hat er bei der Stadtpolizei Winterthur gearbeitet. Das offizielle Todesdatum wird auf den 12. Juli festgesetzt.

Die Gründe für die Umteilung bleiben unklar. Die Stadtpolizei verweist auf Anfrage an das Departement für Sicherheit und Umwelt. Dessen Chefin Katrin Cometta schreibt auf Anfrage zu den beiden Suizid-Vorfällen: «Der erste wie auch dieser Suizid eines langjährigen Mitarbeiters schockieren das Korps und mich zutiefst. Die letzten Tage habe ich beim Korps verbracht. Die Trauer und die Betroffenheit sind gross.» Als Stadträtin und Vorsteherin des Departements Sicherheit und Umwelt stelle sie aufgrund der Vorfälle beim

Stadtrat einen Antrag auf eine umfassende Administrativuntersuchung. Weitere Fragen könne sie aufgrund des Persönlichkeitsschutzes für die betreffenden Mitarbeitenden, der laufenden Untersuchung und der geplanten Administrativuntersuchung nicht beantworten.

Nach dem ersten Suizid im Juli 2021 ist das Korps fassungslos. Ein Polizist bricht an der Beerdigung zusammen und muss gestützt werden.

Was die Stadtpolizei nach dem Tod von S. unternimmt, ist unklar. Fragen dazu bleiben unbeantwortet. Klar ist: Die Stimmung im betroffenen Team wird nicht besser. Im Herbst 2021 fordern

Fortsetzung auf Seite 21

«Der Arbeitgeber hat eine Fürsorgepflicht»

Suizidprävention Romana Feldmann zeigt auf, wie man vorgehen muss, damit Probleme am Arbeitsplatz nicht eskalieren.

Romana Feldmann ist Psychologin und bei der Suizidprävention des Kantons Zürich Referentin für Fortbildungen zum Thema «Umgang mit Krisen und Suizidalität in Betrieben». Sie äussert sich im Folgenden nicht zur Stadtpolizei Winterthur. Es geht darum, wie verhindert werden kann, dass das Arbeitsklima krank macht.

Annahme: In einem Team von etwa einem Dutzend Personen ist die Stimmung so schlecht, dass es zu Burn-outs kommt. Wer muss jetzt reagieren?

Grundsätzlich gilt: Die Arbeitnehmenden müssen die vereinbarte Leistung erbringen, der Arbeitgeber ist dafür verantwortlich, dass die Arbeitsbedingungen stimmen. Dazu gehört auch, dass die

Mitarbeitenden durch die Arbeit keinen Schaden nehmen. Bei diesem Beispiel ist zunächst die Teamleitung zuständig. Sie muss aktiv werden, wenn die Spannungen mit der Arbeit zu tun haben.

Wenn nun aber genau die Teamleitung das Problem ist?

Dann sollte man sich an die übergeordnete Stelle wenden. Da macht es nun einen Unterschied, ob es sich um ein grosses oder ein kleines Unternehmen handelt. In grösseren Unternehmen kommt meist die Personalabteilung ins Spiel. Manchmal gibt es dort gar Ombuds- oder Mediationsstellen. In jedem Fall aber ist es so, dass der Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht hat. Das heisst, wenn An-

gestellten, sind sie keine Bittsteller. Sie fordern ein, was ihnen zusteht.

Und diese «übergeordnete Stelle» geht zur Teamleitung und plaudert dann alles aus.

Das darf sie nicht. Die Personalverantwortlichen unterstehen der Schweigepflicht. Die Person, die sich des Falls annimmt, schafft es im Idealfall, die Probleme mit der Teamleitung anzusprechen und Verbesserungsschritte zu vereinbaren. Gut ist es, wenn man die Probleme offen auf den Tisch legen und auch sagen kann, wer womit Schwierigkeiten hat. Aber die hilfesuchende Person muss damit einverstanden sein. Was sich auch bewährt, sind moderierte Gespräche und Workshops, an denen das ganze Team teilnimmt.

Und wenn es nicht funktioniert? Dann müssen andere Lösungen gesucht werden, wobei auch hier in erster Linie die Vorgesetzten in der Pflicht sind. Natürlich wird man auch versuchen, mit der Teamleitung, die nicht mehr zurechtkommt, Strategien zu entwickeln, die ihr helfen, besser mit der Situation umzugehen.

Was kann das sein?

Zum Beispiel, wie er oder sie besser führen kann. Oder Weiterbildungen.

Welche Rolle spielen die anderen Teammitglieder?

Das Team ist sehr wichtig. Vor allem, damit es gar nie zu so einer vergifteten Atmosphäre kommt, dass Menschen krank werden. Es

geht ja eben darum, eine so offene Kultur zu schaffen, dass alle sich getrauen, zu sagen, wenn es ihnen schlecht geht oder wenn sie Hilfe brauchen. Manchmal sind es kleine Dinge, die schon entlasten. Dass jemand eine Schicht übernimmt etwa.

Wie soll ich reagieren, wenn es einem Kollegen oder einer Kollegin sichtlich schlecht geht, er oder sie aber nicht darüber spricht? Trotzdem ansprechen?

Ja, unbedingt direkt ansprechen. Am besten, indem man «Ich-Botschaften» aussendet. Zum Beispiel: Ich habe das Gefühl, dass es dir nicht gut geht. Gibt es etwas, was ich für dich tun kann? Wer Gesprächstipps sucht, findet die unter wie-geht-es-dir.ch.

Kann ich damit wirklich etwas verbessern?

Vielleicht kann man auf diese Weise jemanden wachrütteln. Womöglich realisiert die angesprochene Person durch diese Spiegelung von aussen erst richtig, dass es so nicht weitergeht. Man darf dabei aber nicht die Erwartung haben, dass sich tiefer wurzelnde Probleme so lösen lassen. Das hilft vielleicht beim Aushalten einer belastenden Situation. In solchen Fällen aber braucht es Veränderungen, und das braucht Zeit – sei es für Veränderungen bei der Person oder aber für strukturelle Anpassungen, die in der Regel von oben erfolgen.

Helene Arnet

Fortsetzung von Seite 19

Mitglieder bei der Korpsleitung eine Versetzung des Vorgesetzten. Man wolle nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten. Die Korpsleitung lehnt den Antrag ab.

Warum? Die Stadtpolizei nimmt keine Stellung dazu.

Als klar wird, dass der Chef nicht versetzt wird, verlangen Polizist M. und ein weiteres Teammitglied stattdessen für sich eine Versetzung. Per 1. Januar 2022 werden sie in eine neue Abteilung eingeteilt: Beide arbeiten nun nicht mehr draussen, sondern im Innendienst. Für M., der gerne als Polizist unterwegs ist, keine ideale Lösung.

Die Versetzung sei aber nicht als Strafe zu sehen, sagen mehrere Quellen, sondern in solch kurzer Frist die einzige Option.

Am vergangenen Freitagmorgen, dem 11. Februar, findet ein Mitarbeiter seinen Kollegen M. auf der Wache tot vor. Er hinterlässt einen Abschiedsbrief, dessen Inhalt nicht bekannt ist. Auch er war 60-jährig, auch er hat fast sein ganzes Berufsleben bei der Stapo Winterthur verbracht.

Forderung an die Adresse der Polizeivorsteherin

In der Belegschaft sind der Schock, die Trauer und die Wut gross. Cornel Borbély, Präsident des Winterthurer Polizeibeamtenverbands (PBV), lässt sich folgendermassen zitieren: «Wir sind zutiefst erschüttert über die traurige Nachricht vom Tod eines geliebten Kollegen und Freundes. Mit ihm verlieren wir innerhalb eines Jahres einen zweiten Kollegen durch einen Suizid. Viele Fragen sind ungeklärt. Wir fordern von Politik und Polizeiführung eine lückenlose und umfassende Aufklärung.»

Der PBV und auch eine Vereinigung von ehemaligen und pensionierten Polizisten richten in mehreren Schreiben scharfe Worte an das Kommando und die politische Führung. Die Schreiben liegen dieser Zeitung vor.

Gestützt auf Aussagen der Quellen und Dokumente lassen sich die Probleme bei der Stadtpolizei Winterthur folgendermassen zusammenfassen:

— **Interne Kommunikation:** Den Mitarbeitenden werde von oben befohlen, statt sie in Entscheidungen einzubeziehen. Mitarbeitende würden kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt.

— **Betriebsklima:** Korpsmitglieder hätten Angst, sich zu äussern. Kritik sei nicht gerne gesehen.

— **Führungskultur:** Entscheide würden nicht so kommuniziert, dass sie für das Korps nachvollziehbar seien.

In einem Brief an Departementsvorsteherin Cometta

bringt der Verband zum Ausdruck, dass «viele Kolleginnen und Kollegen die Schuld in der Führungskultur und im Verhalten einzelner Personen sehen».

In einem Schreiben der Ehemaligen ist von «falschen Führungsentscheiden» und «unterlassenen objektiven Führungsentscheiden» nach dem ersten

«Wir fordern von Politik und Polizeiführung eine lückenlose und umfassende Aufklärung.»

Cornel Borbély
Polizeibeamtenverband
Winterthur

Suizid die Rede. Der Verband fordert von der Polizeivorsteherin, dass «Führungsfehler offen und aufrichtig zu identifizieren, zu benennen und zu beseitigen sind».

Kritik richtet sich an die Führungsspitze

Die Kritik an der Führungskultur konzentriert sich auf zwei Personen: Kommandant Fritz Lehmann und seinen Stellvertreter Marcel Bebié.

Rechtsanwalt Bebié stiess im August 2017 zur Stadtpolizei Winterthur. Die Stelle des stellvertretenden Kommandanten war damals neu geschaffen worden, um den Kommandanten Fritz Lehmann zu entlasten und eine Neuorganisation einzuleiten.

Die Quellen sind sich einig: Bei ihm liegt die eigentliche Macht. Bebié sei ein «Patron alter Schule», der autoritär führe. In einem Schreiben der Ehemaligen wird Bebié als «Teil des Problems» bezeichnet. Der Kommandant Fritz Lehmann wird im Korps geschätzt und als menschlich, umsichtig und sensibel ge-

Hilfe bei Suizidgedanken

Haben Sie selbst Suizidgedanken, oder kennen Sie Betroffene? Für Kinder und Jugendliche ist das Telefon 147 da, auch per SMS, Chat, E-Mail oder unter www.147.ch. Erwachsene können die Dargebotene Hand kontaktieren, Telefon 143. E-Mail- und Chat-Kontakte finden Sie auf www.143.ch. Die Angebote sind vertraulich und kostenlos. Auch die Website www.reden-kann-retten.ch bietet Hilfe. (red)

lobt, aber er werde bei Entscheidungen manchmal verdrängt.

Lehmann war gemäss mehreren Quellen zum Zeitpunkt des Suizids von M. in den Ferien. Die Vereinigung Ehemaliger forderte laut einem Protokoll in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Kommandanten Bebié: «Krisenbewältigung ist Chefsache und kann nicht delegiert werden – Kommandant Lehmann muss Ferien abrechen und übernehmen.» Gemäss dem Dokument antwortete Bebié: «Krisenbewältigung erfolgt nicht durch Kommandant Lehmann, er weiss Bescheid und wird seine Ferien explizit nicht abrechen.»

Lehmann geht Ende Mai 2022 frühzeitig in Pension, was bereits seit Oktober 2021 bekannt ist. Begründung dafür ist der Umzug ins neue Gebäude, dies sei der «richtige Zeitpunkt», sagte der 62-jährige dem «Landboten». Ab Juni 2022 übernimmt Bebié interimistisch für ein Jahr – Mitte 2023 wird auch er pensioniert.

Burn-out-Welle im Jahr 2017

Konflikte schwelen schon länger in der Stadtpolizei Winterthur. Anfang 2017 war die Hälfte der damaligen 13 Stadtpolizei-Kaderleute krankgeschrieben, teilweise mit der Diagnose Burn-out. Betroffen von der Krise war auch der Kommandant, Fritz Lehmann. Er legte im Sommer eine Arbeitspause von zwei Monaten ein. Laut der damaligen Polizeivorsteherin Barbara Günthard-Maier (FDP) hatte er aber kein Burn-out.

Günthard-Maier machte Sparaufträge der zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte für die Probleme verantwortlich, setzte sich für eine Aufstockung des Kaders ein und gleiste eine interne Reorganisation auf.

In einem Interview mit dem «Landboten» Ende 2018 sagte Bebié, man sei nun viel robuster aufgestellt. «Man soll niemals nie sagen, aber ein Szenario wie vor zwei Jahren dürfte sich nicht mehr ereignen.»

2019 berichtete die «Winterthurer Zeitung» von einer Personalumfrage im Korps mit schlechten Zufriedenheitswerten, anhaltend vielen Burn-out-Fällen und einer stark kritisierten internen Kommunikation. Vor allem die «Personalpolitik und die interne Kommunikation vom Kader hinunter seien untragbar», heisst es im Artikel. Der Journalist stützte sich dabei auf die Aussagen eines ehemaligen Stadtpolizisten. Gegen diesen reichte die Führung dann wegen Amtsgeheimnisverletzung Strafanzeige ein. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt.

Mitarbeit: Patrick Gut



Nationalrätin, Co-Parteipräsidentin und ehemalige Stadträtin von Kloten: Priska Seiler Graf. Foto: Andrea Zahler

Priska Seiler Graf will in die Regierung

Wahlen 2023 Die Zürcher SP startet die Mission Rückeroberung eines zweiten Sitzes im Regierungsrat.

Daniel Schneebeli

Dieses Wochenende läuft bei der SP die Bewerbungsfrist für die Regierungsratswahlen 2023 aus. Bei der Geschäftsleitung sind mindestens zwei Dossiers eingegangen. Eines stammt von der amtierenden Regierungsrätin Jacqueline Fehr, wie sie über Twitter mitteilte. Sie ist das einzige SP-Mitglied im siebenköpfigen Regierungsrat, nachdem Mario Fehr letztes Jahr aus der Partei ausgetreten und seither parteilos ist.

Das zweite Dossier hat die Nationalrätin und Co-Präsidentin der Kantonalpartei Priska Seiler Graf eingereicht, wie sie gestern bestätigte. Die ehemalige Stadträtin von Kloten sagt: «Ich finde Exekutivarbeit spannend, und der Kanton Zürich hat mich auch in Bern nie ganz losgelassen.»

Seiler Graf ist sich bewusst, wie schwierig es für neu Kandidierende werden könnte. Bisher hat noch kein Mitglied der Regierung den Rücktritt angekündigt, nicht einmal der 66-jährige Ernst Stocker (SVP), der von seiner Partei zum Weitermachen gedrängt wird.

Wie viele Bewerbungen bei der SP eingegangen sind, wollte Generalsekretärin Andrea Sprecher gestern nicht sagen. Sie ist in den Medien schon selber als mögliche Kandidatin genannt worden. Doch sie verzichtet, weil sie im Sommer für ein Jahr mit ihrer Familie in die USA übersiedelt.

Ebenfalls abgesagt hat am Freitag Tobias Langenegger. Der SP-Kantonsrat aus Zürich gilt als sehr gut vernetzter Politiker, der die kantonsrätliche Finanzkommission mit Umsicht durch die Pandemie geführt hat. Er geniesst deshalb über die Parteigrenzen hinaus viel Respekt. Das Amt des

Regierungsrates interessiere ihn, teilt er mit, aber für eine Kandidatur sei es der falsche Zeitpunkt. Langenegger ist erst 36-jährig und Vater von kleinen Kindern.

Die Nominationskommission unter Co-Präsident Andreas Daurü wird Anfang März entscheiden, wer am Parteitag vom 2. April zur

«Der Kanton Zürich hat mich auch in Bern nie ganz losgelassen.»

Priska Seiler Graf

Nomination vorgeschlagen wird. Klar ist, dass es neben Jacqueline Fehr mindestens noch eine Person sein soll. Denn die SP will den Sitz von Mario Fehr zurückholen. Laut Seiler Graf haben die Sozialdemokraten als zweitgrösste Partei (Wähleranteil: knapp 20 Prozent) Anspruch auf zwei Sitze.

FDP im Kampfmodus

Einen zweiten Sitz strebt auch die FDP als drittgrösste Partei im Kanton an. Sie nominierte kürzlich Peter Grünenfelder, Direktor von Avenir Suisse, als Kampfkandidaten – neben Regierungsrätin Carmen Walker Späh. Er soll den vor vier Jahren verlorenen Sitz von Thomas Heiniger zurückholen.

Das Gerangel dürfte im Februar 2023 gross sein. Denn Anrecht auf einen Sitz hätten gemäss Wähleranteil auch die Grünliberalen. Wen sie ins Rennen schicken, ist offen. Eine mögliche Kandidatin wäre die frühere SP-Nationalrätin Chantal Galladé, die

zur GLP übergelaufen ist und nun in Winterthur ihren Job als Kreisschulpräsidentin verliert, weil dieses Amt abgeschafft wird.

Sie schreibt dazu auf Anfrage: «Das interessiert mich grundsätzlich. Es ist wichtig, dass die Partei eine Auswahl hat.» Als weitere mögliche GLP-Kandidatinnen nennt Galladé die Nationalrätinnen Tiana Moser und Corina Gredig.

Was macht Silvia Steiner?

In der Zwickmühle steckt die im Kanton Zürich kleine Die Mitte (ehemals CVP). Sie hat mit Silvia Steiner eine Regierungsrätin. Doch angesichts der Konkurrenz aus den grossen Parteien ist Steiners Sitz gefährdet. Ob die bald 64-jährige nochmals antritt, hat sie noch nicht gesagt. Allgemein wird mit ihrer Wiederkandidatur gerechnet.

Sollte Steiner dennoch abtreten, wäre der Mitte-Nationalrat und Wädenswiler Stadtpräsident Philipp Kutter der wohl aussichtsreichste Nachfolgekandidat. Er gab sich gestern zurückhaltend, bestritt aber, dass Steiner nicht zurücktrete, weil er nicht kandidieren wolle: «Das stimmt nicht. Es geht nur um den persönlichen Entscheid von Frau Steiner.» Kutter weist auf mehrere Optionen für die Nachfolge von Silvia Steiner hin. Immer wieder fällt im Gespräch mit Beobachterinnen der Name der ehemaligen Kantonsratspräsidentin Yvonne Bürgin aus Rütli.

Sollte niemand freiwillig zurücktreten und auch niemand abgewählt werden, befände sich die Regierungsmehrheit am Ende des Wahljahres mit Walker Späh, Steiner, Stocker und Mario Fehr im Rentenalter.

Nun fallen die Masken auch an den Zürcher Schulen

Coronavirus Kinder und Lehrpersonen müssen ab kommendem Montag in den Zürcher Schulen keine Masken mehr tragen. Der Regierungsrat hat die kantonale Covid-Verordnung entsprechend angepasst, wie er am Freitag mitteilte. Auch die repetitiven Tests sind nun definitiv gestoppt.

Hingegen hält die Zürcher Regierung weiterhin daran fest, dass Besucherinnen und Besucher von Spitälern und Heimen über ein Covid-Zertifikat oder ein negatives Testergebnis verfügen müssen. Gleiches gilt für die Mitarbeitenden von Spitälern, Heimen und Spitex-Institutionen. Ende Februar wird die Auflage neu beurteilt. (sda)



Ab Montag wird wieder mit unverhülltem Gesicht gelernt. Foto: Keystone